

Artikel im Morgunbladid, erschienen 6. Mai 2012, übersetzt ins Isländische

Klar zum Entern?

Kaum eine andere Partei hat in Europa so rasant an Beliebtheit gewonnen wie die Piratenpartei in Deutschland. Momentan kann die Öffentlichkeit allerdings beobachten, wie das Wunderkind der deutschen Politik auf dem besten Wege ist, sich im Vorfeld von zwei Landtagswahlen an seinen eigenen Idealen zu zerreißen.

Die Umfragewerte sind traumhaft. 13 Prozent gibt es bundesweit für die Piraten, das ist nicht schlecht für eine kaum sechs Jahre alte Partei, vor allem kurz vor zwei Landtagswahlen. Am Sonntag wird in Schleswig-Holstein ein neues Parlament gewählt, dem nördlichsten Bundesland Deutschlands. Eine Woche später im westdeutschen Nordrhein-Westfalen.

Die Aussichten für die Piratenpartei dort in die Landtage einzuziehen sind gut. Nach ihren Erfolgen in Berlin im September 2011 mit 8,9 Prozent und im Saarland jetzt im März mit 7,4 Prozent scheinen die Newcomer der deutschen Politik kaum zu stoppen. Würden sie nicht ständig über ihre eigenen Füße stolpern.

Angetreten sind die Piraten 2006 mit 52 Mitgliedern als Internetpartei, geprägt von ihrer Herkunft, den Hackergemeinden deutscher Großstädte. Als die Familienministerin Ursula von der Leyen gegen Kinderpornographie 2009 Netzsperren einführen wollte, lief die Community Sturm. „Zensurursula“ einte und festigte die Partei. Die Mitgliederzahlen verzehnfachten sich. Anfang Januar 2012 überschritten sie bundesweit die 20.000-Marke, allein 2011 kamen 8.000 neue Piraten dazu. Keine andere deutsche Partei kann einen derartigen Zuwachs vorweisen.

Die Piraten wollen die Politik reformieren. Transparent wie die Foren im Netz sollen die Debatten sein, Fraktionszwang gibt es bei den Piraten nicht, Positionen werden auf den Parteitagen von den Mitgliedern direkt bestimmt. Die Vorstände haben in erster Linie nur verwaltende und repräsentative Aufgaben.

Mit diesem starken Schuss Basisdemokratie haben langhaarige T-Shirt-Träger Politik für viele Deutsche plötzlich wieder wählbar gemacht. Doch nach den Anfangserfolgen hackt es nun gewaltig. Die Piraten taumeln von einem Faux-Pas zum Nächsten. Denn bei einem so hohen Meinungsfreiheits- und Toleranzanspruch wie dem der Internetgemeinden ist alles drin, auch Rechtspopulismus, Frauen- und Ausländerfeindlichkeit.

Ein Parteiausschlussverfahren gegen ein Mitglied wegen antisemitischer Äußerungen scheiterte unlängst. Hinzukommen diskriminierende Kommentare, dass eine Frau „zu hübsch“ sei, um ernst genommen zu werden, oder es in Ordnung wäre „ausländerkritisch“ zu sein. Die Debatte erreichte kürzlich ihren Höhepunkt als Martin Delius, Geschäftsführer der Berliner Piratenfraktion, in einem Interview den rasanten Aufstieg der Piraten mit dem der NSDAP verglich. Wütende Kommentatoren forderten Delius' Rücktritt.

Auf seinem Blog stellte der Berliner Pirat klar, dass er nicht die beiden Parteien inhaltlich vergleichen hätte wollen, nationalsozialistisches Gedankengut lehnt er ab. Doch die Klarstellung half nichts. Der Internet-Schwarm, der für seine oft einseitig bis abstrusen sowie ohne viel Mitgefühl gern ab und an auch beleidigende Meinungen Akzeptanz verlangt, strafft seine Repräsentanten für unbedachte Äußerungen gnadenlos ab. Delius zog seine Kandidatur auf den Posten des Politischen Geschäftsführers der

Partei vor dem Parteitag vergangenes Wochenende in Neumünster zurück. Dort haben sich die Piraten um eine klarere Position in Sachen Rechtspopulismus bemüht. „Der Holocaust ist unbestreitbarer Teil unserer Geschichte. Ihn unter dem Deckmantel der Meinungsfreiheit zu leugnen oder zu relativieren, widerspricht den Grundsätzen der Partei“, lautete ein Antrag vom Führungszipfel. Er wurde nahezu einstimmig angenommen.

Solche Grenzen des Diskurses müssen die Piraten zweifelsohne zu ziehen. Manche Meinungen gefährden die Meinungsfreiheit anderer, diskriminieren oder verleugnen wichtige Tatsachen. Doch jede Einschränkung droht auch den besonderen Charakter der Partei zu schwächen. Die Piraten stehen vor der Herausforderung, an der schon viele Idealisten gescheitert sind: Zu viel Authentizität ihrer Mitglieder könnte sie unwählbar machen. Zu wenig genauso.

Oft wird den Piraten mangelnde Professionalität vorgeworfen. Doch die ist nicht die Lösung des Problems. Mehr Mediengewandtheit und politischer Mainstream würde die Piratenpartei nur genauso glatt machen wie ihre etablierteren Gegner. Der Trumpf der Piraten liegt gerade in der unzensierten Offenheit, die ihre Mitglieder ermutigt kritisch Stellung zu beziehen, bestehende Strukturen bisweilen ungewohnt frech im Ton aber oft für die Gesellschaft bereichernd zu hinterfragen. Scharfe Debatten gehören bei so einem Prozess dazu. Nur bequem sind sie nicht. Und schon gar nicht immer mehrheitsfähig.

Es wird sich zeigen, ob die Wähler die andauernde Selbstfindung dulden oder irgendwann die Geduld oder – noch schlimmer – das Vertrauen in die Neulinge verlieren. Die Piratpartei in Schweden lieferte bereits ein fulminantes Beispiel des Scheiterns nach einem vielversprechenden Start. Nach ihrem Sieg bei der Europawahl 2009 erkämpfte sie sich zwei Sitze im Europaparlament, um danach im eigenen Land mit 0,65 Prozent 2010 fast in politischer Bedeutungslosigkeit zu versinken.

Ob die deutschen Piraten sich besser behaupten können werden, ohne ihre für die Wähler attraktive Andersartigkeit zu verlieren, ist die Frage. Eine Bereicherung für die Politik in Deutschland sind sie allerdings bisher in jedem Fall. Mehr Mitbestimmung ist offensichtlich ein Wunsch der Deutschen. Die etablierten Parteien hatten ihn mit ihren starren Strukturen und mächtigen Vorständen weitgehend zur Utopie degradiert. Die Piraten haben ihm neues Leben eingehaucht.

5.293 Zeichen

Kasten:

Die Piratenpartei Deutschland wurde im September 2006 in Berlin gegründet. Aktuell hat sie 28.800 Mitglieder. Seit 2011 ist sie im Parlament in Berlin, seit März 2012 im Saarland vertreten.

Die Piraten verstehen sich in Anlehnung an die schwedische Piratpartei als Partei der durch das Internet geprägten Informationsgesellschaft. In ihrem Grundsatzprogramm geht es in den ersten acht der insgesamt 19 Programmpunkte um die Legalisierung nichtkommerzieller Vervielfältigungen, die Reform des Patentwesens, Datenschutz und Transparenz des Staatwesens. Es folgen ein Absatz zur Bildungs-, Geschlechter- und Familienpolitik, zur Nachhaltigkeit in der Umwelt und einem liberaleren Umgang mit Drogen. Positionen zur Wirtschafts- und Finanzpolitik fehlen. In Berlin, wo die Piraten

bereits ein paar Monate Politik machen, sind Lieblingsthemen der Partei
Grundeinkommen und kostenloser öffentlicher Nahverkehr für alle.
Der Vorstand wird jährlich neu gewählt. Er hat weitgehend verwaltende und
repräsentierende, aber keine herausgehobene Funktion bei Entscheidungsprozessen.
Die Parteipositionen werden basisdemokratisch ermittelt, seit 2009 zum Teil durch die
Software „Liquid Feedback“.
Der aktuelle Bundesvorsitzende ist Bernd Schlömer. Der 41-Jährige ist
Regierungsdirektor im Bundesministerium für Verteidigung. Parteiposten bei den
Piraten werden nicht vergütet.

Herausgestelltes Zitat aus dem Text:

Die Piraten stehen vor der Herausforderung, an der schon viele Idealisten gescheitert
sind: Zu viel Authentizität ihrer Mitglieder könnte sie unwählbar machen. Zu wenig
genauso.